

Resolution 01



der **AUGE/UG** –

Alternative, Grüne und Unabhängige GewerkschafterInnen

zur 180. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien

am 14. November 2023

Kollektivvertrag im Journalismus muss bleiben

Die plötzliche Kündigung des Kollektivvertrags für Journalist:innen ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten. Ohne ein Wort, ohne jegliche Kontaktaufnahme mit der GPA wurde der Kollektivvertrag aufgekündigt! Das ist nicht nur eine Unkultur, es widerspricht auch jeglichem Anstand und sozialpartnerschaftlichem Arbeiten. Es zeigt den Beschäftigten, dass der Verband Österreichischer Zeitungen (VÖZ) sie lieber im Stich lässt, als für gute Arbeitsbedingungen für sie zu sorgen.

Die Aufkündigung des Kollektivvertrags betrifft alle Beschäftigten, aber neue Beschäftigte in der Branche trifft es besonders, denn es fehlt die Gewährleistung von Mindestgehältern, Zuschlägen und vom 13. und 14. Gehalt, etc.

Prekärer Beschäftigung wird Tür und Tor geöffnet

Es kann nicht sein, dass die schwierigen Zeiten in der Medienbranche auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Es ist auch kein nachhaltiges Modell für zukünftige Journalist:innen. Denn in einer Branche, in der die Beschäftigten so respektlos behandelt werden, in der es weder gesichertes Urlaubs- und Weihnachtsgeld noch geregelte Arbeitszeiten und keine jährlichen Gehaltserhöhungen gibt, möchten viele nicht arbeiten.

Klar ist, ohne einen absichernden Kollektivvertrag wird prekärer Beschäftigung im Journalismus weiter Tür und Tor geöffnet. Das bedeutet, dass der Qualitätsjournalismus massiv darunter leidet und somit auch die vierte Säule unserer Demokratie.

Die 180. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien möge daher beschließen:

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

- **setzt sich mit den Gewerkschaften für eine hohe Kollektivvertragsabdeckung ein.**
- **unterstützt die Forderung der GPA an den Verband Österreichischer Zeitungen (VÖZ), dass die Aufkündigung des Kollektivvertrags für Journalimus zurückgenommen werden soll. Zudem müssen unverzüglich wieder aufrichtige Verhandlungen stattfinden, um den Beschäftigten im Journalismus Sicherheit zu geben.**

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich